

Welle oder Trend – Zuwanderung an beruflichen Schulen Eine Einschätzung von M. Niedoba

Da sind sie nun, die steigenden Zahlen von Jugendlichen ohne oder zumindest mit unzureichenden Deutschkenntnissen. Landauf – landab entstehen neue Klassen VABO inzwischen auch zum Halbjahr. Als Bedarf anerkannt gab es zu Schuljahresbeginn einen Stellennachschlag. Diese Stellen waren aber sehr schwer zu besetzen, einmal aufgrund des späten Zeitpunktes und der geringen Zahlen an qualifizierten Bewerbern und zum anderen an den wenig attraktiven Rahmenbedingungen. Zeitvertrag bis zum Ende des Schuljahres, gepaart mit der Aussage eine Verlängerung oder gar eine Verbeamtung sei bisher nicht vorgesehen.

Wie kommt so etwas zustande? Dahinter steht die Einschätzung, die Zuwanderung wäre eine Welle wie in den 90ern des vergangenen Jahrhunderts während der Auflösung des Ostblocks und der Krisen auf dem Balkan. Danach ist die Zuwanderung auch wieder abgeebbt. Diesmal jedoch gibt es einander überlagernde Effekte. Schaut man sich die Zusammensetzung der Klassen heute an, ist zumindest in meinem Umkreis fast die Hälfte der jugendlichen Zuwanderer im Rahmen der Freizügigkeit von ihren Eltern hierher mitgebracht worden. Dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Süd- und Osteuropa schnell ändern werden, bleibt zu bezweifeln.

Asylsuchende kommen aus mehr Ländern denn je. Die wirtschaftliche und politische Lage in Afrika sorgt ebenfalls für steigende Zahlen, ebenso wie die Kriegs- und Krisenherde im Nahen Osten. Dass viele der jungen Menschen bereits mit 16 Jahren unbegleitet an irgendeiner Stelle das Mittelmeer überquert haben und heute mit 19 Jahren bei uns um Asyl nachsuchen, zeigt sogar eine Überlagerung der beiden großen Herkunftsfelder. Folglich bezweifle ich das Bild der Welle und sehe eher einen anhaltenden Trend zur Zuwanderung. Früher glaubte man an die Rückkehr, heute ist in der Gesellschaft angekommen, dass wir Zuwanderung brauchen. Der beschworene Fachkräftemangel, die demographische Entwicklung, der Erhalt unserer Alterssicherungssysteme und somit unser Lebensstandard schreien nach Zuwanderung. Jetzt haben wir eine, und sind dennoch an den beruflichen Schulen nicht glücklich. Das warum will ich gerne erklären.

Dabei ist es keine Frage der Willkommenskultur, denn zu uns an die Schule darf jeder gerne kommen. Was wir dann machen bzw. machen müssen, um die jungen Menschen erfolgreich für unser Ausbildungs- und Arbeitssystem fit zu machen, sprengt manchmal den Rahmen unserer Ressourcen.

Zuwanderer-Status „Asylbewerber“: Berufsschulpflichtig nach sechs Monaten, wohnhaft in einer Gemeinschaftsunterkunft, sollte nach neun Monaten in die Gemeinden des zuständigen Kreises verteilt werden. In der Gemeinschaftsunterkunft in der Regel noch gut betreut, teils durch Sozialarbeiter oder durch ehrenamtliche Strukturen, geht diese Begleitung nach dem Auszug fast vollständig verloren. Kommt also jemand erst, wenn er die Gemeinschaftsunterkunft hinter sich hat, bleibt die Betreuung an der Schule bzw. an den Kolleginnen und Kollegen hängen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Schülerbeförderung. Die Sozialämter überweisen Geld auf klamme Konten und die Verkehrsverbünde versuchen dann die Entgelte inklusive eines Eigenanteils einzuziehen. Dass dies nur in wenigen Fällen klappt, müsste man von SGBII (Hartz 4) Fällen her eigentlich kennen. Man stellt auf Barzahler um. Dann sind wieder die Schulsekretariate gefordert, die das Geld monatlich einfordern. Gepaart mit den großen sprachlichen Hürden ist dies eine Sisyphosarbeit, die oft auch noch die Kolleginnen oder Kollegen beschäftigen. Hier bräuhete es mehr kreative Lösungen.

Wenn ich die Asylbewerber bei uns beschreibe, sind dies hochmotivierte, bescheidene und leistungsbereite junge Menschen deren größtes Ziel der Aufbau einer eigenen Existenz ist. Ihre Voraussetzungen sind in punkto schulische Vorbildung und Sprachen äußerst heterogen. Ich messe dies an der Frage, was sie einmal für einen Beruf erlernen wollen. Die Meisten verstehen diese Frage gar nicht, weil sie sich gar nicht vorstellen können dabei ein Wahlrecht zu haben. Andere wieder kommen mit ganz konkreten Vorstellungen von Arbeit, wie Straßenbahnfahrer oder Servicemitarbeiter in einem Hotel. Die meisten haben traumatische Erfahrungen machen müssen und wollen endlich irgendwo ankommen. Das Erlernen der deutschen Sprache wird als wichtig anerkannt und versucht umzusetzen. Man spürt etwas wie Dankbarkeit und Wertschätzung.

Zuwanderer-Status „mitgebracht im Rahmen der Freizügigkeit“: Keinerlei Betreuung. Durch die Eltern, die hier eine Arbeit gefunden haben, die oft selbst größere Sprachprobleme haben, kaum unterstützt. Herausgelöst aus ihrem sozialen Umfeld, geplagt von entwicklungsbedingten Identitätsproblemen.

Wenn ich so jemand beschreiben muss, so sind dies oft unselbständige, unmotivierte, entwurzelte junge Menschen. Die deutsche Sprache beschreibt etwas, was sie so nicht wollen. Die schulische Vorbildung ist überwiegend eher schlecht, das Umfeld wenig bildungsaffin. Sie sind schwer zu erreichen.

Hier wird eine ganz andere Pädagogik von uns gefordert. Neben einem höheren Anspruch auf Wertschätzung der Schülerinnen und Schüler, der uns manchmal schwerfällt, müssen wir viel stärker am Vertrauen arbeiten, um Perspektiven entwickeln zu können. Wir müssen versuchen Orientierung zu geben und sie nicht einer Peer zu überlassen. Diese Arbeit ist viel undankbarer und ungleich schwieriger, als die mit den Asylbewerbern. Sie behindert diese sogar, wenn die Klassen gemischt sind.

Beide Gruppen konkurrieren im VAB mit unseren Bildungsverlierern, mit denjenigen, bei denen wir bisher versucht haben sie auf allen Wegen für ein Arbeitsleben oder eventuell für eine Ausbildung vorzubereiten.

Nehmen wir an, es gelingt junge Menschen nach einem Jahr in der Sprache soweit zu ertüchtigen, dass sie in der Lage sind in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen, sie mit vielen außerunterrichtlichen Unternehmungen auf die Auswanderung vorzubereiten. Dann kommt es zum Schwur. Gelingt es ihnen bzw. dürfen sie überhaupt arbeiten oder eine Ausbildung machen? In der Regel werden wir erstmal versuchen sie weiter zu beschulen. Jedes Modell ist dabei recht überhaupt einen Abschluss, einen höheren Abschluss in einer Zweijährigen oder eine einjährige Berufsfachschule. Wer aber glaubt, dies ginge einfach so, der irrt. Viele der Probleme aus dem ersten Jahr des VABO bestehen weiterhin, brauchen Begleitung und individuelle Förderung. Und dies jetzt schulartübergreifend. Hier versagen fast alle bisherigen Konzepte, eine Unterstützung von außen ist nicht in Sicht. Vielleicht hilft ein BufDi, vielleicht ein Ehrenamtlicher. Und es ist eigentlich zu erwarten, dass dieser Aufwand ein Ausbildungshemmnis erster Güte ist, ganz abgesehen davon, dass Asylsuchende ohne Anerkennung nicht ohne weiteres eine Ausbildung machen können.

Fazit: Wir als berufliche Schulen können und wollen Integrationsleistungen erbringen. Wer zu uns kommt, dem wird geholfen. Wir kämpfen mit schwierigen Rahmenbedingungen das Asylrechts, einer Vielzahl von Ansprechpartnern, dem Aufbau von Netzwerken und unseren zeitlich befristeten personellen Ressourcen. Wir wissen nicht, wie lange wir so kämpfen werden. Wir wünschen uns von den Arbeitgebern und dualen Partnern Unterstützung, weil es uns nicht gelingen wird, die jungen Menschen zu denen zu machen, die unsere Arbeitgeber am liebsten hätten. Wir machen einen guten Anfang und die größte Wertschätzung für uns wäre, wenn nach unserer Arbeit jemand mithilft, dass die jungen Zuwanderer eine selbstbestimmte erfolgreiche Zukunft haben.

Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit hohem Engagement und Einsatz im VAB betätigen. Ihnen ist es zu verdanken, dass wir Dinge tun, von denen wir vor ein paar Jahren noch gar nicht ahnten, dass sie auf uns zukommen.

Michael Niedoba